

# Posener Zeitung.

Das  
Abonnement  
beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen  
1 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Insertionsgebühren  
1 Sgr. 3 Pf. für die viergespaltene  
Zeile.

N<sup>o</sup> 276.

Sonntag den 25. November.

1849.

Potsdam, den 23. November. Se. Königl. Hoheit der Groß-herzog v. Mecklenburg-Strelitz ist nach Strelitz zurückgereist.

Berlin, den 24. November. Se. Excellenz der General-Lieutenant und Commandeur der 12. Division, von Werder, ist von Meisse, und Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, von Bonin, von Stettin hier angekommen.

## Deutschland.

○ Berlin, den 22. November. Von Oesterreich ist nun doch endlich eine ziemlich drohend abgefaßte Note eingelaufen, welche in dem von Preußen beabsichtigten Bundesstaat eine Verletzung der „noch zu Recht bestehenden Bundesverfassung“ erblicken will. In der von Preußen darauf erhaltenen Antwort ist gesagt, daß Oesterreich, wenn überhaupt hier von Verletzung der Bundesverfassung gesprochen werden könne, eine solche durch seine Verfassung vom März d. J. zuerst habe zu Schulden kommen lassen; — die Regierung Oesterreichs habe daher am wenigsten Ursache, an eine solche vermeintliche Rechtsverletzung zu erinnern. Preußen erkenne den Deutschen Bund an in den Personen, Rechten und Pflichten der Gründer; die formelle Bundesverfassung aber sei auf gesetzlichem Wege durch die Deutschen Regierungen selbst aufgehoben worden. Ob Preußen in jenem Sinne eine Rechtsverletzung begehen werde, habe die Oesterreichische Regierung abzuwarten. Preußen gebe aber auf's Neue die Versicherung, daß es sich durch derartige Einwendungen von dem betretenen Wege nicht werde ablenken lassen. — Aus nicht zu verachtender Quelle habe ich die Nachricht, daß die in hiesigen Zeitungen veröffentlichten Berichte über die geheimen Sitzungen der demokratischen Partei von der Regierung selbst den Redactionen vermittelt wurden. In einer der letzten dieser Sitzungen soll ein ehemaliger katholischer Geistlicher aus Baiern, Namens Niebergall, Abgesandter der Pariser Bergpartei, von einem Mitgliede eingeführt worden sein. Der Inhalt einer von ihm überbrachten Botschaft soll die Meinung gewesen sein, in Berlin keine Bewegung zu beginnen, bis nicht von Paris aus durch eine Erhebung das Zeichen gegeben sei. Diese Depesche soll nach der Verlesung verbrannt und der Beschluß gefaßt worden sein, den gegebenen Rath zu befolgen und namentlich am Tage der Entscheidung des Waldeck'schen Prozeßes die Massen zu beschwichtigen.

○ Berlin, den 22. November. Die Eintrittskarten zu den Schwurgerichtssitzungen im Criminalgericht am 28. und 29. d. M. sind bereits ein Handelsartikel geworden, denn wie man sich erzählt, hat man schon per Stück einen Louisd'or gezahlt. Es läßt sich aber bei der ungeheuren Nachfrage wohl erwarten, daß sie noch mehr im Preise steigen werden. — Die Zahl der ausgegebenen Karten beträgt 250; davon haben aber die Diplomaten, die Minister, Räte u. s. w. schon ihr gut Theil vorweg erhalten. Dem Angeklagten Waldeck selbst sind 12 Karten zu seiner Disposition gestellt worden und der Director Haraschewitz hat über 28 beliebig zu verfügen. Die übrigen Karten und deren Zahl kann nach solchen Abzügen nur gering sein, gelangen aber durch die Bezirksvorsteher in's Publikum. — Wie übrigens der Zuhörerraum Platz für 250 Personen hergeben soll, geht über meine Begriffe; nach meiner Berechnung faßt er kaum 200 Menschen. — Nun, die „Glücklichen werden nach überstandener „Drangperiode“ singen können: „Wir standen gekleidet in drangvoll fürchterlicher Enge.“ — Das Gerücht, als beabsichtige man theils der größeren Sicherheit halber, theils aber auch um einen größeren Zuhörerraum zu schaffen, den Waldeck'schen Prozeß im neuen Zellengefängnis, wo bekanntlich der monströse Polenprozeß verhandelt wurde, vorzunehmen, ist unbegründet.

Wenn Ihr Berichterstatter  $\Delta$  in Nro. 272 vom Treubund wissen will, daß die Differenzen sich gütlich gelöst, so muß ich, so leid mir dies einem Kollegen gegenüber auch thut, ihm doch auf das Bestimmteste widersprechen; denn die Differenzen sind noch keineswegs beseitigt, sie drohen im Gegentheil einen sehr ersten Charakter anzunehmen. Graf Luckner, niemals Stifter des Bundes, wohl aber Großmeister, spielt, seitdem er diese Stelle aus Gründen, die jetzt allem Anschein nach auch an die Öffentlichkeit gelangen werden, mit dem Bunde va banque; er beabsichtigt eben jetzt gerade nichts anderes, als das Bundesoberhaupt und den Bundesrath zu stürzen und sich mit seinen Anhängern an die Spitze zu stellen. — Dies wird ihm zwar nun nicht gelingen, aber es wird dahin führen, daß ein Theil aus dem Treubund ausscheidet, und sich unter dem Grafen Luckner als 2. Bund constituirt. Die vox populi wird über das Treiben dieses Mannes richten, sie wird es aber dann erst thun können, wenn Männer, von deren Charakter Jedermann eine hohe Meinung hat, v. Maliszewski, Baron v. Seid u. m. A. gesprochen haben werden. — Wenn ein hiesiges Blatt kürzlich sagte: Wir sehen im Treubunde Doppelgänger, die früher in entgegengesetzten Reihen standen, so ist wohl sicherlich einer derselben Graf Luckner. (cf. Na-

tional-Zeitung 6. Juli.) Er strengt Alles an, um wieder an die Spitze zu kommen und sucht nach Unterstützung; man erzählt sich sogar, daß er mit der Demokratie Verbindung angeknüpft habe, und in deren Sinne jetzt handele.

† Berlin, den 23. November. Des großen Schleiermacher Geburtstag ist gestern von seinen Schülern, Freunden, Anhängern und Verehrern wieder gefeiert worden in alter herkömmlicher Weise, wie es seit seinem Tode im Jahre 1834 fast alljährlich geschehen ist. Das vorige Jahr machte, wie in so vielen anderen Dingen, so auch hierin seine Ausnahme. Während der Zeit des Eichhorn'schen Regiments hatten diese Feiern Versammlungen an Schleiermacher's Geburtstag besonders für diejenigen Reiz, die sich der damaligen kirchlichen Opposition angeschlossen hatten. Das Eichhorn'sche System wird nicht durch das Ministerium Ladenberg vertreten, im Gegentheil gehört ja das Ministerium Ladenberg bekanntlich einer ganz anderen, viel freisinnigeren kirchlichen Richtung an, somit konnte an dem gestrigen Abend auch nicht eine solche Opposition sich sammeln. Doch war der Abend nicht reizlos. Es waren dieselben liberal gesinnten Männer versammelt, die von dem klaren Geiste Schleiermacher's erfüllt, oder wenigstens ihm befreundet sind. Sie machten nicht kirchliche Opposition gegen die Regierung, sie machten ihr nicht politische Opposition. Und doch machten sie Opposition. Männer dieser Richtung sind ihrer Natur nach gezwungen, gegen die Finsterniß zu kämpfen. Aus der Finsterniß aber ist der Geist geboren, der die Union der evangelischen Kirche wieder vernichten will, der den Hader wieder zwischen die Konfessionen werfen will. Und gegen diesen Geist der Finsterniß machen die Anhänger Schleiermacher's die entschiedenste Opposition. Die Vorträge, die vor dem Festmahle gehalten wurden, geben höchst interessante Aufschlüsse aus dem Leben Schleiermacher's. Der Prediger Jonas (bekannt als Mitglied des rechten Centrums der aufgelösten National-Versammlung), ein vieljähriger Freund Schleiermacher's und mit der Ordnung hinterlassener Papiere beauftragt, welche sehr merkwürdige Mittheilungen über die politischen Verdächtigungen, denen Schleiermacher im Jahre 1813, noch mehr aber in den Zeiten der demagogischen Umtriebe, ausgesetzt war, namentlich, nachdem man unter den bei Arndt und Meiner mit Beschlag belegten Papieren zwei Briefe von ihm gefunden hatte, die ihn zu compromittiren scheinen wegen eines Mangels an Ehrerbietung gegen die Person des Monarchen. Aus den glänzenden Verteidigungsschriften Schleiermacher's leuchtet in gleicher Weise der scharfe, dialectische Verstand, die edle Gesinnung, der männlich-freimüthige Charakter, der staatsmännische Kopf, der glühende Vaterlandsfreund, der gute Staatsbürger, der Mann des Gesetzes, der Freund des Königs hervor. Ein anderer Vortrag des Predigers Plaz handelte von der Pädagogik Schleiermacher's, worin höchst merkwürdige und mit manchen Forderungen der Gegenwart in auffallender Weise übereinstimmende Ansichten aufgestellt werden. So z. B. ist der ganze Organismus der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks-, Provinzial-Ordnung, der jetzt ins Leben gerufen werden soll, im Wesentlichen schon in Schleiermacher's Pädagogik enthalten. So gruppiert er Elementarschule, Bürgerschule und Gymnasium in ähnlicher Weise, wie es jetzt beabsichtigt wird. So verlangt er, und das verdient gewiß bemerkt zu werden, Ausscheidung des Religionsunterrichts aus der Schule; er, der Geistliche verlangt Trennung von Schule und Kirche. Schleiermacher urtheilt überall objectiv, er ist nicht durch die Zufälligkeit seiner Lebensstellung besessen.

† Berlin, den 23. November. Das Städtifest vom 19., welches zum Andenken an die Verleihung der Städteordnung vom Jahre 1808 gefeiert worden, wird lebhaft wegen eines unangenehmen Falles besprochen. Als der Trinkspruch auf Ihre Majestät die Königin ausgebracht wurde, blieben einige Theilnehmer an dem Festmahle (und zwar Stadträthe und Stadtverordnete) sitzen und weigerten sich aufzustehen. Der Unwille darüber wurde so laut, daß die Rede unterbrochen wurde und die Sitzenden sich zum Aufstehen genöthigt sahen. Der General Wrangel verließ in Folge dessen sogleich den Saal. Die Minister dagegen, wie der General Thümen, blieben. Letzterer hat jedoch an die Stadtverordneten ein Schreiben erlassen, worin er über das Ereigniß sich bitter beschwert und zugleich erklärt, daß er bei etwaiger Wiederholung des Festes einer Einladung nicht wieder Folge leisten würde.

△ Berlin, den 23. November. Wenn man die Schmähungen liest, in denen sich manche radicale Blätter gegenwärtig gegen die Preussischen Offiziere in Baden gefallen, so sollte man meinen, das wäre eine Legion verthierter Unmenschen. Zum Glück kennt man das Preussische Offizier-Corps und weiß, was man von seiner Bildung und Humanität zu halten hat. Daß die Gefangenen in Rastatt ihnen zu schaffen machen und sie oft zur Strenge zwingen mögen, glauben wir gern, und werden es alle die eben so gern glauben, denen gleich uns, Wesen und Charakter des rohen Volkes in Baden bekannt ist. Wer diese Brut nicht von Angesicht zu Ange-

sicht kennt, macht sich schwerlich von ihr eine treue und wahre Vorstellung.

Der Heerd der ganzen Badischen Revolution ist Mannheim. Dort siedete und brauste es schon Jahre lang in dem Zauberkessel, in welchem das Höllegetränk gebraut wurde, daß nur zu sehr die Sinne des Volks berauschte. Aber so hochmüthig auch in diesem radicalen Nefse, das sich einbildet, der Sitz der politischen Intelligenz zu sein, die Bourgeoise den souverainen Volkswillen proclamirt, so zittert sie doch, wenn man zufällig das Wort: „Nekarschleim“ nennt. Dieses furchtbare Wort, das bei den Mannheimern ohngefähr die Stelle unseres „Nechts Nuprecht“ vertritt, ist die Bezeichnung für den Auswurf des Pöbels, der wie ein wildes Thier an der Kette gehalten werden muß; bricht er los, so ist bis zu seinem Wiedereinfangen Verheerung, Brand und Mord die Losung. Der sogenannte gebildete Nekarschleim, der diese wilde Bestie entfesselt und geheißt, hat sich beim ersten Anblick der Pickelhauben mit diversen öffentlichen Geldern belastet, auf- und davon gemacht, daß „rohe Thier“ haben die Preußen eingefangen, Rastatt in eine Menagerie verwandelt, und die Casematten in Käfige. Dabei verlangt das entartete Volk, das auf sein Deutschtum pocht und dabei gern französisch wäre, daß man auf seine brutale Forderungen mit einem „il vous plait“ stets antworte; der alte Jekeln hat ihm, von der Kammer aus, weiß gemacht, man müßte Züchtlinge mit Fleisch und süßen Worten regalisieren, und da das Lumpenvolk, das nichts wollte, als revolutionaire Anschweifungen begehen, sich lächerlicher Weise schlimmsten Falls für politische Verbrecher hält, die denn doch eines besseren Looses würdig sind, so kann man denken, welche Ansprüche sie machen, und wie beneidenswerth die Preussischen Offiziere sind, die solch Volk zu zügeln haben.

Und begingen diese Preussischen Offiziere das Aeußerste, wir — die wir den Nekarschleim kennen, der da zusammengefaßt worden ist — wir könnten sie nicht tadeln, sondern nur bedauern.

Berlin, den 23. November. (Köln. Z.) Der am 16. gehaltene Ministerrath hat sich vorzüglich mit der Posener Angelegenheit beschäftigt. Es ward beschlossen, von Reorganisation und Demarkation für's Erste abzusehen und den Status quo aufrecht zu erhalten. Es sei nicht rathsam, in dem gegenwärtigen Augenblicke ein kaum erloschenes Feuer auch im Osten wieder anzufachen. Diese Betrachtung motivirte das Votum. Man weiß übrigens, daß die Polen selbst mit der gegenwärtigen Sachlage nahezu zufrieden sind, daß wenigstens nicht sie die Demarkationslinie wünschen. Die ganze Angelegenheit ist vor Allem eine politische, und wenn das Versprechen der Reorganisation einerseits gehalten werden muß, so wird Preußen wie La-martine sagen dürfen, daß es seine Stunde zu wählen hat. — In demselben Ministerrathe ist von einigen Incidenzpunkten der Dänischen Friedens-Angelegenheit die Rede gewesen. — In meinem vorgestrigen Schreiben sagte ich Ihnen, Herr v. Mantouffell halte fest an der Nothwendigkeit schneller Berufung des Parlaments und werde nöthigenfalls seine Demission geben. Mit dieser letzteren hingeworfenen Aeußerung wollte ich jedoch nicht in die Gerüchte einstimmen, die von einer schon vorhandenen Krisis sprechen, von einem zwischen dem Könige und dem Minister v. Mantouffell ausgebrochenen Conflict. Daß ein solcher bestehe, wird bestritten, und hatte ich im Gegentheil mehrfach Gelegenheit, Ihnen nach jener Seite hin beruhigende Nachrichten zu senden. — Herr von Radowicz wird dem Vernehmen nach Berlin nicht vor Ende dieser Woche verlassen. Aus früheren Mittheilungen läßt sich daher entnehmen, daß vor dem Ende dieser Woche der „Staats-Anzeiger“ das Wahlgesetz veröffentlicht haben. — Zu Gunsten Erfurts war vorgestern hervorgehoben, daß es früher 80,000 Einwohner gezählt habe und jetzt nur noch 30,000, also viel disponiblen Räume besitze. Endlich sei in einer Festung die Ordnung mit einer schwachen Garnison aufrecht zu erhalten, und es bedürfe dort keiner 10,000 Mann, wie in Frankfurt.

— Die gestrige Schwurgerichtssitzung brachte zwei der merkwürdigsten Entscheidungen, die bis jetzt von Schwurgerichten gefällt worden sind. In dem ersten Falle wurde die unverehelichte Mäde vollkommen überführt, ihre Schwangerschaft sowohl, wie ihre Niederkunft verheimlicht zu haben, deßungeachtet aber sprachen die Geschwornen, nach einer überaus glänzenden Verteidigungsrede des Rechts-Anw. Deycks nur das Schuldig wegen verheimlichter Schwangerschaft aus, und wurde die Angeklagte, ein junges Mädchen von 20 Jahren, vom Gerichtshofe daher gänzlich freigesprochen. Der Verteidiger Deycks begann seine Rede mit einer Hinweisung auf die vor Kurzem erfolgte Verurtheilung der unverehelichten Marie wegen gleichen Vergehens, eine Verurtheilung, die nur durch schlechte Verteidigung hervorgerufen worden, und die sofort in ihm den Wunsch rege gemacht habe, in einer solchen Sache vor den Geschwornen sprechen zu dürfen. Er wolle ihnen nun auseinandersetzen, wie unrecht eine Verurtheilung auf die vorliegende Anklage sei. Die Gesetze, auf welche hier die Anklage gebaut sei, waren nämlich aus der Carolina



aus dem Jahre 1720 entnommen und nur für diese Zeit gegeben. Jetzt seien sie durchaus unpassend und würden auch niemals befolgt. Wo gäbe es zum Beispiel eine Mutter, die, wie das Gesetz es vorschreibt, ihrer Tochter schon im 14. Jahre die genauesten Details über die Vorgänge bei der Geburt gäbe? Es sei dies Verlangen ein so unsittliches, es verlege so sehr die Scham, daß es schon um des halbes außer der Zeit sei. Ebenso verstoße es aber gegen alles Sittlichkeitsgefühl, daß ein Mädchen, das ein Kind unter ihrem Herzen trage, zum Polizeikommissar oder Sergeanten gehe und ihm dies entdecke. Nimmermehr könne man dies verlangen und nie würde es ausgeführt werden, wenn nicht alle Scham mit Füßen getreten werden sollte. Es habe dies auch bereits der verstorbene König eingesehen, denn er habe im Jahre 1801 in einer Kabinettsordre erklärt, daß diese Gesetze, abgeändert und die aus denselben erkannten Strafen aufgehoben werden sollten. Werthwürdiger Weise habe die Gesetzgebung auf diesen Befehl nicht geachtet, diese Gesetze nicht abgeändert und immer frisch weg 40 Jahre entlang auf dieselben Anklagen gebaut. An den Geschwornen sei es nun, den Willen des Königs auszuführen und so lange in allen gleichen Anklagen das Nichtschuldige, auch bei dem eclatantesten Beweise auszusprechen, bis das Justizministerium seine Pflicht erkenne und diese Gesetze umändere. Auf die Entgegnung des Staatsanwalts, daß die vom Verteidiger erwähnte Königl. Ordre nur eine Privatmeinung gewesen wäre und den Richter nicht binden könne, erklärt der Verteidiger, daß der König zur Zeit des Jahres 1801 ein absoluter König gewesen sei, der Privatmeinung nicht gehabt habe, dessen Aussprüche vielmehr stets Gesetze und für jeden, also auch für den Richter, bindend gewesen wären. Hieran schloß der Verteidiger noch die Aufforderung an die Geschwornen, bei ihrem Spruch an ihre eigenen Frauen und Töchter zu denken, und durch das Verdict Nichtschuld die Sittlichkeit und das Schamgefühl aufrecht zu erhalten. Die Rede wirkte so sehr auf die Geschwornen, daß sie einen in sich ganz unlogischen Spruch abgaben. Sie sprachen nämlich aus, daß die Angeklagte der vermeintlichen Schwangerschaft schuldig sei, daß sie aber der vermeintlichen Niederkunft nicht schuldig, daß das Kind nicht am Schlagfluß gestorben, daß es aber lebensfähig gewesen. Trotz dieses Ausspruchs beantragte der Staatsanwalt aus dem §. 957. des Strafrechts eine fünfjährige Strafarbeit gegen die Angeklagte, der Verteidiger jedoch führte aus, daß die vermeintliche Schwangerschaft allein nicht strafbar sei, und daß die Angeklagte daher freigesprochen werden müsse. Er sprach sich über den Ausspruch der Geschwornen scherzend aus, indem er bemerkte, daß nach demselben seine Defendentin immer noch schwanger sei, und daß sie daher eigentlich, sobald sie aus dem Arrest entlassen werde, zum Sergeanten gehen und diesem ihren Zustand melden müsse. Der Gerichtshof erklärte die Angeklagte der vermeintlichen Schwangerschaft und Niederkunft für nicht schuldig, da das Gesetz nur für beide Handlungen zusammen, nicht aber für jede einzelne eine Strafe bestimme. Die Sitzung war eine öffentliche und wohnten viele Damen derselben bei. — In dem zweiten Falle wurde der Tischlergeselle Emmert, ein bereits wegen dritten Diebstahls bestraffter Mensch, der unter der Anklage des gewaltsamen Ausbruchs aus einer Strafanstalt stand und dessen auch vollständig überwiesen wurde, den also nach dem Landrecht lebenswichtige Zuchthausstrafe treffen mußte, vom Gerichtshofe, trotz des Schuldig der Geschwornen, freigesprochen. (Verl. N.)

— (Const. Z.) 41 Mitglieder der ersten Kammer haben unterm 21ten eine Erklärung nachfolgenden Inhalts erlassen: „Die Unterzeichneten erklären hierdurch, daß sie gegen die Aeußerung des Abgeordneten, Ober-Landesgerichts-Präsidenten Scheller, in der heutigen Sitzung, bezüglich der Rheinischen Autonomie nur deshalb keine thatsächliche Berichtigung haben ergehen lassen, weil es nicht zu vermeiden gewesen wäre, auf einen Ausdruck desselben nochmals zurückzukommen, der die Würde der gesamten Kammer tief verletzt hatte, dessen Wiederholung daher im eigenen Interesse der Kammer zu vermeiden war. — Es ist hierdurch constatirt, daß die erste Kammer 41 adlige und nichtadlige Autonomen unter ihren Mitgliedern zählt. — (Nat. Z.) Die Verfolgungen mißliebiger Personen mit politischen Untersuchungen finden in Baiern so gut wie in Preußen statt; überhaupt hat es Deutschland insofern nie an Einheit gefehlt, als die verschiedenen Deutschen Staaten immer denselben Heimlichkeiten unterlegen haben. Der Linken der Baierschen zweiten Kammer waren vom Beginn der Kammeritzungen an mehrere Mitglieder durch Untersuchungshaft entzogen. Darunter der Abgeordnete Reinhardt, der wegen Verbreitung der Beschlüsse des Kongresses der Märzvereine in Haft genommen war, und gegen den das Verfahren nun endlich eingeleitet ist, wegen Mangels des Thatbestandes einer hochverräterischen Absicht.“

— Seit der Aufhebung der öffentlichen Häuser haben die syphilitischen Krankheiten in einem solchen Maße zugenommen, daß die bisherigen Krankenanstalten sich zur Aufnahme unzureichend erwiesen haben. Die städtische Behörde ist deshalb zur Beschaffung weiterer Lokalien aufgefordert worden, da nach einer, wiewohl streitigen, Ansicht die Pflicht, für die Krankenpflege in gedachter Beziehung Sorge zu tragen, vornehmlich ihr obliegen soll. Die städtische Behörde dürfte indeß aus der neuen, der Kommune hierdurch erwachenden Last abermals Veranlassung nehmen, einen schon früher gemachten Antrag auf Wiedereinführung der öffentlichen Häuser zu wiederholen. Wie verlautet, soll dasselbe Seitens des Polizeipräsidii in einer höheren Orts gemachten Vorstellung geschehen sein. (Woff. Ztg.)

Stuttgart, den 16. Nov. (Köln. Ztg.) In der nach Frankfurt an die Deutsche Central-Gewalt gerichteten Zustimmungsnote unserer Regierung zu der zwischen Oesterreich und Preußen unterm 30. September abgeschlossenen Uebereinkunft heißt es: „Wie die Regierungen Oesterreichs und Preußens, so ist auch die diesseitsige von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der nach den Verträgen von 1815 bestehende Deutsche Bund nicht länger ohne ein von allen Bundesgliedern anerkanntes Central-Organ gelassen werden darf, und daß deshalb die schleunige Einsetzung einer neuen provisorischen Central-Gewalt nicht zu umgehen ist, um so mehr, als auch des Herrn Erzherzogs-Richthofers Kaiserl. Hoheit nicht länger in Ihrer bisherigen Stellung zu bleiben beabsichtigen.“

**Oesterreich.**  
LNB Wien, den 21. Novbr. Der Minister des Innern, Dr. Bach, wird nach seiner Rückkunft von Prag seine gegenwärtige, höchst bescheidene Wohnung mit dem Palaste des Ministeriums des Innern vertauschen, allwo ein Appartement von 14 Zimmern für ihn in Bereitschaft gesetzt wurde. — Von den wegen eines Kravalls gegen ihren Religionslehrer in Untersuchung gezogenen Osmüger Studirenden sind bereits 40 zum Militair abgeführt worden und die Untersuchung wird noch fortgeführt. — Die über den Aufenthalt des Kaisers in Prag eingelaufene telegraphische Nachricht lautet: „Der Minister des Innern an das Ministerium des Innern. Prag, den 20. Novbr.: Sr. Majestät gerubten das festlich erleuchtete Theater zu besuchen, wo Sie mit lauem Jubel empfangen wurden; den übrigen Theil des Abends brachten Sr. Majestät im Kreise der Allerhöchsten Familie zu. Heute Vormittag empfingen Sr. Majestät die hiesigen Autoritäten, besuchten sodann mehrere öffentliche Institute, und haben um 2 Uhr einer militairischen Parade beigewohnt. Abends werden Sr. Majestät die Beleuchtung, zu welcher großartige Vorbereitungen getroffen sind, in Augenschein nehmen.“ — Der Kaiser wurde bei seiner Ankunft im Bahnhof zu Prag auch von 12 jungen weißgekleideten Mädchen empfangen, von denen die Comtesse Schlick in Deutscher Sprache und Fräulein Kieper in Böhmischer eine Ansprache an ihn hielt. Sonst wurde keine weitere Ansprache an den Kaiser gerichtet. Zur Ehre seiner Ankunft wurde im Theater „Lucresia Borgia“ gegeben. Es soll im Antrage sein, daß die Wiener Sparkasse auch an Sonntagen für Einlagen machende Parteien offen bleibe. Eine Uebung, welche in Paris schon längst besteht und besonders den arbeitenden Klassen, der an Wochentagen fühlbaren Zeitverschwendung wegen, erwünscht sein dürfte. — In Zukunft soll die ganze Armee mit Charpie und Balsam derart versehen werden, daß jeder Mann die bei eintretender Verwundung für die äußerste Nothdurft erforderliche Quantität bei sich trägt. Zu diesem Behufe würden die Ezadorosen der Infanterie, welche jetzt mit Sägespänen ausgefüllt sind, als Medikamentenfätschen verwendet werden. — An mehrere Personen Magyarischer Abkunft sollen wegen bewiesener Loyalität mehrfältige Auszeichnungen verliehen und unter anderen auch eine Dame damit bedacht werden. — Das günstige Herbstwetter gestattet der hiesigen, über 25,000 M. starken Garnison, bataillonsweise auf dem Glacis und klassenweise in den Kasernen zu exerciren. Die Offiziere selbst besorgen mit dem Gewehr auf der Schulter die erste Abrichtung der Rekruten.

**Frankreich.**  
Paris, den 19. Novbr. (Köln. Ztg.) Nach einem legitimistischen Blatte bleibt Guizot den ganzen Winter hindurch zu Paris. Noch weiß man nicht, ob das Journal, welches er Anfangs Januar herausgeben will, als Tagblatt oder in Form einer Revue erscheinen wird. Bei der Fürstin Lieven traf Guizot gestern mit Molé, Berryer, Changarnier u. zusammen; man bemerkte die Abwesenheit von Thiers. — Die „Republique“ veröffentlicht ein sehr langes Schreiben von P. Leroux an Proudhon, woraus man sieht, daß im socialistisch-legitimistischen Lager eine Spaltung besteht. Leroux tritt als Anwalt der Religion gegen Proudhon auf, dem er Atheismus und Verschmähung aller Religion, so wie Verwerfung jeder politischen und socialen Organisation vorwirft. „Galignani's Messenger“ meint, es sei allerdings merkwürdig, daß Leroux die Gesellschaft gegen den Atheismus vertrete und Achtung vor der Religion predige; leider sei jedoch die Religion des Herrn Leroux sein eigenes Nachwerk.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wird die zweite Berathung des Antrages auf Abschaffung der Gesetze gegen die Arbeiter-Coalitionen fortgesetzt. Wolowski vertheidigt seinen Verbesserungs-Antrag, wonach sowohl die Arbeits-Herren als die Arbeiter bestraft werden sollen, wenn sie sich ungerathen und mißbräuchlicher Weise verbinden, um eine Veränderung in den Lohnsätzen zu erzwingen. Er stützt sich gegen den Berichterstattungs-Ausschuß, der die Coalitionen absolut verboten wissen will, darauf, daß alles, was die Lohnsätze auf künstliche Weise erniedrige oder niedrig erhalte, der Industrie selbst und damit der ganzen Gesellschaft nachtheilig sei, da die Konsumption hauptsächlich auf der Masse, auf den Arbeitern beruhe. Der Justiz-Minister Rouher spricht sich im Namen der Regierung für die Ansicht des Ausschusses aus und äußert dabei, daß man durch Entziehung der Mittel zum Unterdrücken der Regierung, das Autoritäts-Prinzip nicht schwächen dürfe, das in Frankreich ohnehin nicht stark sei. (Links: Es ist stark genug! Rouher: Sie haben Recht; es ist immerhin stark genug, um die Aufsehung gegen die Gesetze zu unterdrücken; allein es ist in seiner Konstitution nicht stark genug.) Der Berichterstatter des Ausschusses, Watimez, hebt hervor, daß durch Annahme des Wolowski'schen Verbesserungs-Antrages bei den Gerichten die Ansicht entstehen müsse, daß es auch gerechte und nicht mißbräuchliche Coalitionen geben könne, und daß es dann schwer zu entscheiden sein werde, ob die Coalition gerecht gewesen sei, ob ihr eine billige Absicht zu Grunde gelegen habe oder nicht. Für den Wolowski'schen Verbesserungs-Antrag (bedingte Gestattung der Coalitionen für Arbeiter und Arbeits-Herren) ergeben sich 245 Stimmen, dagegen 360. Für einen ferneren Verbesserungs-Antrag, wodurch zur Aburtheilung über das Vergehen der Coalition das Geschwornen-Gericht verlangt wird. — Der Antrag von Charras auf Veröffentlichung der Motive bei den Ernennungen und Beförderungen in der Ehrenlegion wird ebenfalls ohne Diskussion zur zweiten Berathung zugelassen. (Köln. Ztg.)

**Großbritannien und Irland.**  
London, den 19. November. Gestern ist der nach New York bestimmte „Hermann“ von Bremen in Southampton angekommen. Am Bord befanden sich einige Ungarische Berühmtheiten, z. B. Ladislaus Ujhazy, der frühere Civil-Gouverneur der Feste Comorn. Er will in den Ver. St. eine Ungarische Colonie gründen und hat deshalb Empfehlungsbriefe an den Präsidenten Taylor. — Eine andere Ungarische Notabilität am Bord des Hermann war Fräulein Apollonia Jagella, welche während des Krieges als Lieutenant in einem Kavallerie-Regiment diente, und zuletzt noch Adjutant in Komorn während der Belagerung war. Die feinen Züge

der jungen Dame (welche sich mit einem Ungarischen Offizier, der sie in New York erwartet, verheirathet wird) drücken Entschlossenheit aus. Sie rühmte sich, eigenhändig mehrere österreichische Soldaten erlegt zu haben, und ihre Begleiter versicherten, daß sie in der That Meisterin der Fechtkunst sei. — Ein hiesiges Blatt giebt nach den Berichten des bekannten Französischen Reisenden d'Abbadie, welcher kürzlich nach einem 11jährigen Aufenthalt in Abyssinien, hier angekommen ist, interessante Mittheilungen über die abhissinischen Juden. Diese leben abgesondert von den Einwohnern, welche sie fliehen und in gar keinem Verkehr mit ihnen treten. Die abhissinischen Juden (Salaschah) haben gewisse religiöse Begriffe, welche von denen ihrer anderen Glaubensgenossen abweichen. Sie halten die Ehelosigkeit in hohen Ehren, und auf die Frage, wo diese in der Bibel befohlen sei, antworteten sie, daß der Prophet Elias als verheirathet in der Bibel nicht angegeben worden. Ebenso halten sie den Selbstmord für eine, in religiöser Hinsicht höchst verdienstliche Handlung. Es kommt häufig vor, daß sich Personen in den Fluß werfen und auf ein Gottesgericht warten. Ereignet sich irgend ein Zeichen, das sie für bejahend halten, so ertränken sie sich; wo nicht, so warten sie ein Jahr und erneuern dann denselben Versuch wieder. In Süd-Abyssinien, im Lande Gazu, soll, wie Herrn d'Abbadie von Abyssinien berichtet worden, ein jüdisches Königreich bestehn. (Berl. Nachr.)

**Rußland und Polen.**  
Kalisch, den 15. November. Die neuesten Nachrichten aus Polen und Rußland stellen weniger das Vorwiegen eines Krieges in Aussicht, als die bisherigen, indem es Thatsache ist, daß die sämtlichen Gardes ihre bisherigen drohenden Stellungen verlassen und durch die Ostprovinzen ihren Marsch nach Petersburg zurücknehmen. Auch die Grenadiere räumen das Königreich, um von Truppen, welche aus Ungarn zurückgekehrt sind, abgelöst. Obgleich nun auch die Gardes, dieser Stolz der Russen, die Kasernen der Weltstadt wieder beziehen, so ist nichts desto weniger die Russische Heeresmacht, welche im Königreich Polen zurückbleibt und kriegsgerüstet daselbst, eine sehr imposante zu nennen, und ganz geeignet, allen revolutionären Bewegungen Mitteleuropas Respekt einzufloßen. Man ist in Polen allgemein der Ansicht, daß die europäischen Höfe in dem Punkte mit einander einverstanden sind, daß sie nirgends dem längeren Ringen der legitimen Macht mit der Demokratie müßig zusehen, sondern vielmehr jede Erhebung des Volkes, wo die eigene Macht des Fürsten unzulänglich erscheint, sofort durch Interventionen und gleichsam mit einem Schlage vernichten werden. Der längere Kampf in Ungarn hat dies die Fürsten gelehrt, indem derselbe allenthalben die demokratischen und republikanischen Elemente genährt und zugleich Frankreich und England übermüthig gemacht hat. Da es gegenwärtig nicht in Abrede zu stellen ist, daß Rußland in Europa ein politisches Uebergewicht hat, so wird es auch die oben angedeutete Politik, den Westeuropäischen Cabinetten gegenüber, zur Geltung zu bringen wissen, und auch fortan der Schrecken der Revolutionen und der Unterdrücker der demokratischen Ideen sein. (Berl. Nachr.)

**Türkei.**  
Das eigenhändige Schreiben des Sultans, welches Suad Effendi dem Kaiser von Rußland überbracht hat, enthält u. A. Folgendes: Konstantinopel, den 14. September. (12. Scawal 1265.) Ich habe dem Fürsten Nadzwiss in den wärmsten Ausdrücken die Befriedigung bezeugt, welche ich in der Tiefe meines Herzens über den handschriftlichen Brief Sw. Majestät und über den erfreulichen Inhalt desselben empfunden habe. Zugleich habe ich Suad Effendi beauftragt, den Ministern Sw. Majestät offen und ausführlich meine Gesinnungen in Betreff der Individuen, welche in Folge des glücklichen Ausganges der Ereignisse in Ungarn in meine Staaten geflohen sind, auseinander zu setzen. — Niemals werde ich die thatsächlichen Beweise aufrichtiger Freundschaft vergessen, welche Sw. Majestät mir bei jeder Gelegenheit gegeben hat. Gott ist mein Zeuge, daß ich aufrichtig und ernsthaft den Wunsch hege, jenes gute Einvernehmen, welches glücklicher Weise zwischen uns besteht, sich befestigen zu sehen, und daß ich jede Gelegenheit aufsuche, um Ihnen durch die That die Aufrichtigkeit dieses Wunsches zu beweisen. Aus diesem Grunde ist es mir unendlich schmerzlich, daß ich meine Handlungsweise in Betreff der erwähnten Flüchtlinge nicht vollständig mit den Aufträgen des Herrn von Tiroff in Einklang zu bringen vermöge. Ich gebe Sw. Majestät die Versicherung, und Suad Effendi ist beauftragt, dieselbe zu wiederholen, daß die hohe Pforte die Flüchtlinge in meinen Staaten auf immer festhalten und sie so bewachen wird, daß Umfluchtplane von ihrer Seite für die Zukunft unmöglich gemacht werden. Da diese Individuen sich außerhalb Ihrer Staaten befinden, so wird diese Maßregel genügen, um die Ruhe Ihres Reiches herbeizuführen und den Uebeln vorzubeugen, welche die letzten Ereignisse hätten verursachen können. Ich hege die gegründete Hoffnung, daß Sw. Majestät die Ehre der hohen Pforte achten und mir dadurch einen großen Beweis Ihrer Freundschaft und Ihres Wohlwollens geben werden. (Köln. Ztg.)

Belgrad, den 10. November. Am 4. November verließ auch die Magyaren Widdin. Sia Pascha erschien diesmal mit einem weit glänzenderen Gefolge und nahm von Kossuth, der an der Spitze seiner Anhänger ritt, einen herzlichen Abschied. Einem energischen Befehl von Seiten des Sultans zufolge änderte sich in letzterer Zeit das Betragen der türkischen Behörden zu Widdin den Emigrirten gegenüber ganz außerordentlich. Der Pascha fing an, die Flüchtlinge mit einer Unzahl Aufmerksamkeiten zu überhäufen. Zur Deckung der Reisekosten wurde den Magyaren allein außer dem gewöhnlichen Gehalt 25,000 Piafter ausbezahlt. Das Geld, welches die Emigrirten beziehen, setzt selbe in den Stand, da die Mannschaft auch noch täglich Reis, Fleisch und Brod, die Woche zweimal außerdem noch Butter faßt — gut zu leben. Die Offiziere fassen diese Rationen nach ihrem Rang in zwei, drei oder vierfachen Maas nach Belieben, entweder in Geld oder in Natura. Kossuth erhielt in der letzten Zeit eines der schönsten Häuser Widdins zum Wohnsitz. Während er früher gezwungen ward, ein einziges Zimmer zu bewohnen, wurde ihm jetzt ein ganzer Stock eingeräumt, und eine zahlreiche Dienerschaft von Türken zur Verfügung gestellt. Am Tag vor seiner Abreise sandte ihm Sia Pascha einen höchst eleganten Reisewagen mit hellblauer Seide







